Hintergrund:

3 Die religiöse Situation in Deutschland hat sich verändert. Der religiöse Pluralismus ist Realität. In

- 4 Deutschland als Zuwanderungsland ist die religiöse Vielfalt Teil unserer Lebenswirklichkeit.
- 5 Eine der zentralen Herausforderungen der modernen Gesellschaft ist es, ein friedliches Miteinan-
- 6 der der Menschen mit unterschiedlicher kultureller und religiöser Prägung zu ermöglichen.

Aufgrund der Geschichte Europas sind Christentum und Judentum grundsätzlich vertrauter als andere Religionen. Vor allem das Christentum begegnet den Menschen, auch den nichtreligiösen, im Alltag in vielfältigen Bezügen.

Mit der Zuwanderung vor allem von Geflüchteten begegnet man Menschen mit verschiedensten religiösen Traditionen. Dies führt vielleicht zu Verunsicherung und ruft durch die Berichterstattung Ängste hervor.

Dabei wird verkannt, dass die europäischen Länder seit Jahrhunderten viele wissenschaftliche und kulturelle Errungenschaften auch dem Islam verdanken.

Das Bewusstsein darüber fehlt oft. Die spirituelle Kraft und Prägung des Islam als Weltreligion wird leider wenig thematisiert. Stattdessen wird der Islam oftmals mit einem politischen Konzept verwechselt oder sogar gleichgesetzt. Einseitige Medienberichterstattung über islamistisch motivierte Anschläge, den sogenannten Islamischen Staat als Kriegstreiber*innen, aber auch Hassprediger*innen oder Kopftuchdebatten in Deutschland verstärken eine solche landläufige Sichtweise zusätzlich. Eine große Anzahl von Menschen fürchtet sich, auch in Thüringen, vor einem Erstarken radikaler, islamistischer Kräfte und äußert dies in Form von Kritik oder sogar Feindschaft gegenüber dem Islam grundsätzlich. Dabei beruhen viele Vorurteile auf einem mangelnden Wissen über den Islam als Religion. Dieser ist, wie alle Religionen, auf ein friedvolles und menschenwürdiges Zusammenleben Aller gerichtet. Nicht zuletzt durch die Aufnahme vieler Geflüchteter in Deutschland, die sich zum Islam bekennen, ist ein Diskurs über das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Religionen und der Religionsfreiheit neu entfacht.

Das Grundgesetz und die Thüringer Verfassung garantieren die Religions- und Weltanschauungsfreiheit sowie religiöse Toleranz. Der Landesjugendring Thüringen e.V. und seine Mitgliedsverbände setzen sich laut Satzung für die Verwirklichung von Menschenrechten und Freiheit ein.

Erklärung des Landesjugendring Thüringen e.V. zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit:

Religions- und Weltanschauungsfreiheit in Thüringen schützen – Vielfalt leben!

Die Verfassung des Freistaates Thüringen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gewährleisten ein umfassendes Recht der religiösen und weltanschaulichen Freiheit. Religions- und Weltanschauungsfreiheit gehören zu den fundamentalen Rechten des modernen Staates – auch wenn dieser erst durch die Säkularisation entstand. Religions- und Weltanschauungsfreiheit sind ein Menschenrecht, das der moderne Staat nicht geschaffen, sondern "vorgefunden" hat.

 Religionsfreiheit ist nicht ein Recht, sondern umfasst verschiedene Dimensionen:

 Das Recht des Einzelnen auf Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnis- sowie Weltanschauungsfreiheit – dies schließt selbstverständlich nicht-religiöse oder gar anti-religiöse Weltanschauungen ein. Daraus folgt das Recht des Einzelnen, sich nicht einer Religion unterwerfen zu müssen, anderen aber auch eine religiöse Lebensform nicht verwehren zu dürfen.

2. Das Recht der Religionsgemeinschaften auf Ausübung der Religion unabhängig von ihrer Rechtsform. Daraus folgt ebenso der Anspruch, dass Religionen und deren Ausübung nicht durch andere gestört werden dürfen.

3. Das Verhältnis des Staates zu Religionen und Weltanschauungen ist durch Neutralität und Toleranz geprägt. Dies bedeutet keine strikte Trennung von Staat und Religion, sondern verbietet eine einseitige Parteinahme zugunsten einer Religion oder Weltanschauung und gewährleistet umfassende Betätigung und Kooperationsmöglichkeiten. Andererseits steht die Religions- und Weltanschauungsfreiheit der*des Einzelnen auch nicht über dem Staat. Als Rahmen für alle gilt in Deutschland das Grundgesetz. Nur durch oder auf Grund des Grundgesetzes kann die Religions- und Weltanschauungsfreiheit eingeschränkt werden.

Der Landesjugendring Thüringen e.V. und seine Mitgliedsverbände sprechen sich für einen unbedingten Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit aus. Die jüngsten Debatten in Thüringen zum Bau einer Moschee in Erfurt zeigen, dass die Bedeutung der Religionsfreiheit in Staat und Gesellschaft zum Teil nicht angekommen ist. Im Gegenteil: Wenn die AfD beispielsweise ein Bürgerbegehren plant, um den Bau aus ideologischen Gründen zu verhindern, zeugt dies nicht nur von einer Islamfeindlichkeit, sondern von einer grundsätzlichen Religionsfeindlichkeit und damit einer Missachtung eines fundamentalen Grund- und Menschenrechtes.

Der Landesjugendring Thüringen e.V. und seine Mitgliedsverbände sprechen sich für ein friedliches, von gegenseitiger Wertschätzung geprägtes Miteinander der Religionen aus. Dazu gehören nicht nur die christlichen Kirchen, sondern auch und gerade islamische und jüdische Gemeinschaften. Während viele Flüchtlinge islamischen Glaubens sind und die islamischen Gemeinden in Thüringen bereichern, besteht bezüglich des jüdischen Glaubens eines besondere historische Verantwortung.

Der Freistaat Thüringen wird daher dazu aufgerufen, christliche, jüdische und islamische Religionsgemeinschaften zu unterstützen. Diese dienen auch und gerade der Integration Zugewanderter. Darüber hinaus sind die Schulen und Bildungseinrichtungen dazu aufgerufen, im Rahmen ihres Unterrichtes respektive ihrer Tätigkeit, umfassend über die religiöse und weltanschauliche Vielfalt zu informieren sowie religiöse und weltanschauliche Toleranz zu leben.

Um das friedliche Zusammenleben in Thüringen zu fördern, ist ein offener interreligiöser Dialog aller in Thüringen vertretenen Glaubensgemeinschaften wichtig. Der Landesjugendring Thüringen wird sich hierbei als Interessenvertreter der Thüringer Jugendverbände sowie der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Freistaat beteiligen.